

Expedition: Herrenstraße 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche in fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer



Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thlr. 11/2 Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1 1/2 Sgr.

Zeitung.

Mittagsblatt.

Freitag den 21. Januar 1859.

Nr. 34.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

München, 20. Januar. Erster Kammerpräsident Heggenberg-Dux mit 140 von 142, zweiter: Weiß 89 von 140 Stimmen.

Paris, 20. Januar. Ein Artikel im heutigen „Constitutionnel“ über die serbische Angelegenheit sagt, daß die Mächte Oesterreich gegenüber einen Protest eingelegt hätten, weil dasselbe seine Ordre zur Intervention nicht widerrufen habe.

Wien, 20. Januar, Nachmittags. Die Kronprinzessin von Neapel befindet sich noch hier. — Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Konstantinopel vom 15. d. herrschte an der Börse panischer Schrecken wegen umlaufender Kriegsgerüchte. Das „Journal de Constantinople“ brachte beschwichtigende Artikel. — Aus Corfu wird vom 17. d. M. gemeldet, daß der Lord-Oberkommissär Young das dortige Parlament zum 25. d. zusammenberufen habe. Gladstone wird dasselbe als provisorischer Lord-Oberkommissär eröffnen. Man erwartet, daß von den 40 Mitgliedern des Parlaments 27 für Reform ohne Union stimmen werden.

Paris, 20. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete mit 69, 10, fiel auf 68, 90 und schloß fest zur Notiz.
Schluß-Course: 3pSt. Rente 69, 15. 4 1/2pSt. Rente 97, —. 3pSt. Spanier 41. 1pSt. Spanier —. Silber-Anleihe 89. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 582. Kredit-mobiliar-Aktien 815. Lombardische Eisenbahn-Aktien 540. Franz-Joseph 508.

London, 20. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Börse ruhig, aber fest. — Silber 61 1/2 — 62.
Consols 96. 1proz. Spanier 30 1/2. Mexikaner 19 1/2. Sardinier 86. 5proz. Russen 113. 4 1/2proz. Russen 100 1/2.

Wien, 20. Januar, Mittags 12 Uhr 45 Min. Stilles Geschäft. Neue Loose 99, —.
5proz. Metalliques 81, 50. 4 1/2proz. Metalliques 72, —. Bank-Aktien 953, —. Nordbahn 173, 10. 1854er Loose 113, —. National-Anlehen 82, 50. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 223, 40. Kredit-Aktien 227, —. London 103, —. Hamburg 77, —. Paris 41, —. Gold 102, —. Silber —, —. Elisabethbahn 84, —. Lombardische Eisenbahn 102, —. Neue Lomb. Eisenbahn 104, —.

Frankfurt a. M., 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Anfangs flau, dann lebhafter Begehr; Schluß fest.
Schluß-Course: Ludwigsb.-Verdacher 148 1/2. Wiener Wechsel 113 1/2. Darmst. Bank-Aktien 229. Darmstädter Zettelbank 226. 5proz. Metalliques 77. 4 1/2proz. Metalliques 68 1/2. 1854er Loose 106 1/2. Oesterreichische National-Anlehen 77 1/2. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 269 1/2. Oesterreich. Bank-Anleihe 107 1/2. Oesterr. Kredit-Aktien 253 1/2. Oesterreich. Elisabeth-Bahn 181 1/2. Rhein-Nachb.-Bahn 59 1/2. Mainz-Ludwigsb.-Bahn Litt. A. —. Mainz-Ludwigsb.-Bahn Litt. C. —.

Hamburg, 20. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Großtheils matt.
Schluß-Course: Oesterreich.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien —. National-Anleihe 79 1/2. Oesterr. Kredit-Aktien 107 1/2. Vereins-Bank 98. Norddeutsche Bank 83 1/2. Wien —.

Hamburg, 20. Januar. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, ab auswärtig sehr still. Roggen loco unverändert, ab auswärtig sehr flau. Del pro Mai fester 28 1/2, pro Oktober 27 1/2. Raffee ruhig. Zinn still.

Liverpool, 20. Januar. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

London, 19. Januar. Nach den neuesten Nachrichten aus Amerika wird eine Verammlung der fünf Präsidenten der central-amerikanischen Staaten in Guatemala zur Bildung einer central-amerikanischen Conföderation zusammengetreten.

Jamaica ist von einem Erdbeben heimgesucht worden.
In San Domingo ist eine Revolution ausgebrochen. Die Bevölkerung im Norden der Insel hat den General Giffard zum Präsidenten proklamiert.

Paris, 19. Januar. Der heutige „Moniteur“ meldet, die Regierung des Königs beider Sicilien habe jene des Kaisers Napoleon von den 89 politischen Beurtheilungen zu Theil gewordenen Strafmassnahmen benachrichtigt. Diejenigen Beurtheilungen, welche begnadigt worden sind, werden auf Kosten des Staates mit aller möglichen Rücksichtnahme nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gebracht werden.

Maritzella, 18. Januar. Das Paketboot aus Neapel vom 15. d. M. überbringt uns den Text der königl. Verordnung vom 13. d. in Bezug auf den Belagerungszustand. Derselbe umfaßt das ganze Königreich. Die Kriegsgesetze werden überall sofort zusammenberufen, wo politische Unruhen ausbrechen. Sie entscheiden über die an den Staat und an Privatpersonen zu zahlenden Entschädigungen und eben so über die Belohnungen, die denjenigen bewilligt werden sollen, welche an der Unterdrückung derselben mitgewirkt haben. Man berichtet, die Maßregel sei nach dem Eingange einer in Schiffen abgetakelten Depesche aus London beschlossen worden. Die Fonds sind in wenigen Tagen um 3 1/2 Fr. gefallen und bleiben zu 115 schwach. — Aus Rom meldet man, Lord Metcliffe habe mit dem Papste eine Unterredung über die orientalische Frage gehabt, und derselbe reise in der Kürze nach London zurück.

Turin, 20. Januar. Die Antwortadresse des Senats auf die Thronrede bekräftigt Reformen in der Civilverwaltung und Sparsamkeit im Staatshaushalt. Wie Se. Majestät nicht auf der Senat an dem getriebenen politischen Horizont die Möglichkeit näher Gefahren aufzeigen, empfiehlt Festhalten an den Verträgen, ist zwar besorgt um die Gesetze Italiens, fühlt sich aber ermutigt durch die Hoffnung, daß die göttliche Vorsehung den unverdienten Schmerzen des Vaterlandes Abhilfe schaffen werde.

In der Armee haben zahlreiche Beförderungen zu solchen Stellen, die aus Sparmaßregeln-Rücksichten vacant geblieben, stattgefunden.
Mittheilungen aus Neapel lassen hoffen, der König werde von der Deportation der Begnadigten nach Amerika absteigen und einfache Exilierung zulassen.

Preußen.

Berlin, 20. Januar. [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: den Ober-Consistorial-Rath, Professor Dr. Richter, zum Geheimen Ober-Regierungs- und vortragenden Rath in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu ernennen; und dem seitherigen Bürgermeister Kleffel zu Tilsit, der von der dortigen Stadtverordneten-Verammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als Bürgermeister der Stadt Tilsit für eine fernere zwölfs-jährige Amtsdauer zu bekräftigen.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Seiner Majestät des Königs, allergnädigst geruht: dem Wirklichen Legations-Rath St. Pierre im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten,

die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Comthur-Kreuzes zweiter Klasse des Albrechts-Ordens; dem Legations-Rath Freiherrn v. Rechenberg bei der Gesandtschaft zu Madrid, zur Anlegung des von der Königin von Spanien Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes erster Klasse vom Orden Karls des Dritten, und dem Kanzlei-Rath Remy im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens dritter Klasse zu ertheilen.

△ Berlin, 19. Januar. Zu der von der Frau Herzogin von Acerenza-Pignatelli, gebornen Prinzessin von Curland und Semgallen, der evangelischen Kirche zu Ottenhof im Kreise Sprowtau durch Ueberweisung eines Kapitals von 3000 Thln. in Rentenbriefen gemachten Schenkung ist die landesherrliche Genehmigung ertheilt.

L. C. C. Berlin, 20. Januar.

Die Kommission des Hauses der Abgeordneten zur Vorberathung des Gesetzentwurfs wegen Verschärfung der Vorfluth in den Bezirken des Appellations-Gerichts zu Köln und des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein, sowie in den hohenzollerischen Landen, hat sich konstituiert. Vorsitzender ist der Abg. Lette, sein Stellvertreter Schmidt (Simmern), Schriftführer der Abg. Bachem, Stello, Göbbels.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Kronrenten und die demselben beigefügte Denkschrift des Finanzministers liegen gedruckt vor. Das Wesentliche daraus ist folgendes: Bis 1820 wurde der Unterhalt der königl. Familie, des königl. und der prinziplichen Hofstaaten ohne Beschränkung auf eine bestimmte Summe aus den Einkünften der Domänen und Forsten bestritten; seit Erlaß des Gesetzes über das Staats-Schuldenwesen vom 17. Jan. 1820 ist dafür eine jährliche Rente von 2,573,098 Thlr. 20 Sgr. auf dieselben Einkünfte angewiesen. Aber schon in den letzten Regierungsjahren des verstorbenen Königs reichte die Rente für die Befriedigung der Apanagen, Aussteuer, Wittwengelder, Zuschüsse zu den königlichen Schauspielen nicht mehr aus. Das Defizit wurde mehrere Jahre hindurch aus den Einkünften der Familien-Fideicommissgüter der Krone und aus den Zinsen des vom verstorbenen Könige hinterlassenen Kronschatzes gedeckt; in den letzten Jahren hat sogar der Kapitalbestand des Kronschatzes angegriffen werden müssen, so daß allmählich eine völlige Absorbirung desselben eintreten würde. Es wird deshalb nothwendig, und ist mit Rücksicht auf den Stand der Sache bis 1820 gerechtfertigt, eine Erhöhung aus der Staatskasse um jährlich eine halbe Million eintreten zu lassen. Schon durch Kab.-Ordre vom 21. Juli und 29. December 1856 hatte der König die betreffende legislative Vorlage befohlen; wegen der Krankheit Seiner Majestät ist die Ausführung unterblieben. Bei dem zunehmenden Geldbedürfnisse der Krone ist eine „weitere Verabtragung“ nicht zulässig; und eine Kab.-Ordre vom 5. Mai v. J., vom Prinzen von Preußen in Stellvertretung des Königs erlassen, hat „nach dem Antrage des Staatsministeriums“ die Einbringung des jetzigen Gesetzentwurfs befohlen.

Die Erhöhung soll vom 1. Januar 1859 eintreten. Da die bisherige Domänenrente „nicht die Natur einer von der Bewilligung des Landtages abhängigen Civilliste“ hat, (Art. 59 der Verf.-Urkunde), so wäre principiell wünschenswerth gewesen, auch die jetzige Erhöhung auf die Domänen und Forsten zu radiciren; die rechtliche Zulässigkeit dieser Radicirung aber kann bezweifelt werden, so lange nicht die auf den Domänen und Forsten noch lastenden Verpflichtungen beseitigt sind; es wird deshalb in § 1 der beantragte Zuschuß auf „andere Staatseinkünfte“ einstweilen angewiesen, zugleich aber in § 2 der späteren Gesetzgebung vorbehalten, die Radicirung einzuführen, oder etwa dem künftigen Bedürfnisse der Krone“ gegenüber, „die gesammte Rente des Fideicommisses zu den voraussichtlich künftigen Einkünften aus den Domänen und Forsten in ein bestimmtes Verhältniß“ zu bringen.

Die Adreßkommission hielt heute um 10 Uhr Sitzung. Dem Ministerpräsidenten war davon gestern Anzeige gemacht worden. Als Vertreter des Staatsministeriums erschienen von Auerwald und von Schleinitz. Den Vor- sitz führte Graf Schwerin. Zuerst wurde die Frage berathen, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei. Beantwortet wurde diese Frage nur von den Mit- gliedern der Fraktion Armin Heineichsdorf, den Abgg. von Blankenburg und von Armin (Prenzlau). Nach einer kurzen — wie es heißt, sehr charakteristi- schen — Verhandlung zwischen dem Abg. von Blankenburg und dem Abgeord- neten von Vinde (Hagen) wurde die Vorfrage mit weitaus überwiegender Ma- jorität bejaht. Dann verlas Referent Simon einen Adreßentwurf, der bereits in Vorberatungen zwischen den bedeutendsten Führern der drei Fraktionen Vinde, Mathis und Reichensperger festgestellt war. Dieser Entwurf fand all- seitige Zustimmung. Soviel verlautet, erhob sich nur an einer Stelle eine Dis- kussion: Zu dem auf den dänischen Streit bezüglichem Passus wurden mehrere Amendements vorgeschlagen; am weitesten ging das Abg. von Vinde, wel- cher das Wort Schleswig ausdrücklich (neben Holstein) gebraucht wissen wollte. Nach einigen Verhandlungen, und nachdem der Minister des Auswärtigen von Schleinitz über den gegenwärtigen Stand der deutsch-dänischen Frage, speziell der darüber am Bundesstage schwebenden Verhandlungen Auskunft gegeben hatte, überwog die Ansicht, daß es angemessener sei, von einer speziellen Betonung der schleswigschen Sache in der Adresse abzusehen. Man einigte sich dahin, statt des (der Thronrede entlehnten) Ausdrucks im Entwurfe „deutsche He- rozhümer“ nur zu sagen „Herzogthümer“, worunter dann neben Holstein und Lauenburg auch Schleswig zu verstehen sein soll.

Um 7 Uhr Abends tritt heute die Commission noch einmal zur Unterzeich- nung ihres Berichts zusammen. Derselbe wird wahrscheinlich schon morgen gedruckt ausgegeben werden. Die Adreßdebatte im Hause der Abgeordneten selbst wird zu Montag erwartet. — Auf morgen Mittag 12 Uhr hat der Prä- sident Schwerin eine Sitzung angeordnet, in der mit den Wahlprüfungen fortge- fahren werden soll. Am Sonnabend findet vermuthlich keine Sitzung im Hause der Abgeordneten statt. — Der neulich erwähnte Wahlprotest aus dem Vordernborschen ist gegen die Wahl des Appellations-Gerichts-Rath Schlüter gerichtet; eine große Anzahl Wahlmänner, darunter viele Beamte, stellen die Petition: die Wahl wegen vielfacher Unregelmäßigkeiten, die bei dem Wahl- Akte vorgekommen, zu annulliren.

Berlin, 20. Januar. [Tages-Chronik.] Die „Spen. Ztg.“ erwähnt das Gerücht eines bevorstehenden Wechsels in der Leitung des Ministeriums des Innern. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese vollkommen falsche Nachricht jedes thatsächlichen Anhaltspunktes entbehrt.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent nahmen im Laufe des heutigen Vormittags die Vorträge des General-Majors Freih. v. Man- teuffel im Beisein des Generals der Infanterie v. Neumann, der Mi- nister v. Auerwald und Freiherrn v. Schleinitz entgegen. Hierauf empfingen Allerhöchstdieselben eine Deputation der eichsfeldischen Städte, so wie den großherzogl. heßischen General der Infanterie und Kriegs- minister v. Schaffer-Bernstein und nahmen die Meldung des General- Lieutenants v. Herrmann entgegen. — Se. königl. Hoh. der Prinz- Regent begaben sich gestern Nachmittag in das Hotel Royal und statteten der verw. Gräfin v. Hasfeldt einen Kondolenz-Besuch ab. Auch die übrigen Mitglieder des hohen Königshauses und andere fürstliche

Personen erschienen zu demselben Zwecke bei der Frau Gräfin. — Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen verweilte gestern Abend längere Zeit bei Ihrer königl. Hoheit der Frau Prin- zessin Friedrich Wilhelm zum Besuch.

— In der Tafel bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten nahm gestern Se. Hoheit der Fürst von Hohenzollern Theil; zum Thee hatte der Wirkliche Geh. Ober-Regierungsrath Mathis eine Einladung erhalten.

— Se. Hoh. der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin ist von Schwerin hier eingetroffen.

— Der Fürst v. Hasfeldt traf heute Morgen mit einigen Mitglie- dern der fürstlichen Familie von Gotha hier ein und begab sich vom Bahnhofe sofort in das Hotel Royal. Der Fürst will der heute Abend um 6 Uhr in der katholischen St. Hedwigskirche stattfindenden Bei- setzung der Leiche seines verstorbenen Bruders, des Grafen v. Hasfeldt, beizubehören und darauf sich wieder nach Gotha zurückgeben. (Pr. Z.)

Oesterreich.

Wien, 17. Jan. Die „Continental Review“ meldet, daß der erste Angriff gegen Oesterreich von der italienischen Legion ausgehen soll, die aus vier Regimentern von je 3000 Mann besteht und mit deren Organisation Garibaldi betraut ist. Diese Legion soll in einem be- stimmten Momente in die Lombardie einrücken und das Signal zu den Feindseligkeiten geben. So abenteuerlich auch im ersten Augenblicke diese Mittheilung scheinen mag, so dürfte sie doch nicht unbegründet sein. Gutem Vernehmen nach sind den diesseitigen Behörden schon vor einiger Zeit ähnliche Mittheilungen gemacht und demgemäß auch ent- sprechende Maßregeln angeordnet worden. Was aber diese Nachricht noch wahrscheinlicher macht, ist der Umstand, daß Garibaldi, den man allgemein auf seinem Gute in Sardinien glaubt, gegenwärtig in Parma sich befindet. Er war nach seiner Unterredung mit dem General della Marmora allerdings nach Sardinien abgereist, hielt sich jedoch dort nur kurze Zeit auf und ging nach Parma, wo er sich noch jetzt befindet und für die „italienische Legion“ werben soll. — Die Besatzung der Festung Piacenza ist bedeutend verstärkt worden, eben so ist auch die Zahl der Geschütze verdoppelt worden. Auch kleinere Festungen, wie z. B. Pizzigotone, haben starke Besatzungen erhalten. — Die Garnison von Mailand ist durch die Brigade Ramming und die Division Urban vermehrt worden, was so ziemlich einer Verdoppelung der bisherigen Garnison gleichkommt. — Die Kavallerie-Regimenter, welche in Lai- bach standen, haben nun ebenfalls Marschbefehl erhalten. (R. Z.)

Italien.

Aus Turin schreibt der Correspondent der „Daily News“ vom 13. Januar: Die ersten Heirathsverhandlungen aus den Tuilerien waren hier schon im Laufe des vorigen Jahres eingetroffen, aber im Ganzen nicht sehr günstig aufgenommen worden. Erst jetzt sind alle Schwie- rigkeiten durch den Ernst der Lage beseitigt, und die einzige Bedingung, die der König stellte, war die, daß Braut und Bräutigam erst persön- lich einander kennen lernen sollten. Natürlich spricht man jetzt davon, daß Senem irgend ein Königreich erobert werden solle, und über diesen Punkt sind folgende Gerüchte in Umlauf: „Frankreich, Rußland und Sardinien sollen eine spezielle Liga, oder wenn der Ausdruck besser klingt: eine Allianz unter einander abgeschlossen haben. Dieser zufolge theilhaftig sich Rußland nicht thatsächlich am Kriege, es müßten denn gewisse unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Aber andererseits garan- tirt es Preußen den unverkürzten Bestand seiner Rheinprovinzen. Sollten diese angegriffen werden, dann erneuert Rußland die alte furcht- bare Koalition mit Oesterreich, Preußen und England. Auf diese Ga- rantie hin wird Preußen, wie man hier glaubt, neutral bleiben, und würden die Mächte dem Kampfe zwischen Frankreich und Sardinien gegen Oesterreich ruhig zusehen. Man glaubt hier ferner, daß Oesterreich den Kürzeren ziehen wird, und dann sollen die italienischen Staaten folgendermaßen neu eingetheilt werden: Piemont tritt Sa- voyen an Frankreich ab und bekommt dafür die Herzogthümer und die Lombardie bis zur Esch. Toscana soll mit der Romagna, den Nie- derungen und Venedig zusammen ein Königreich von über 5 Millionen Einwohnern bilden, das dem Prinzen Napoleon übergeben wird, unter der ausdrücklichen Bedingung jedoch, daß er keine französische Besatzung dahin mitbringe. Mit Neapel soll je nach den Umständen verfahren werden. Rom würde man dem Papste lassen.“ (!)

— Aus Turin, 18. Januar, wird telegraphirt: „Gestern Nach- mittags fand die erste Zusammenkunft zwischen dem Prinzen Napoleon und der Prinzessin Clotilde statt. Am Abend wohnte der Prinz dem vom Minister-Präsidenten veranstalteten Balle bei.“ — Man beabsichtigt aus Anlaß der Ankunft des Prinzen Napoleon in Turin eine Medaille schlagen zu lassen, deren eine Seite das Bild des französischen Kaisers, die andere die Aufschrift tragen soll: „Es leben Frankreich und Italien vereint gegen das Ausland.“

Frankreich.

Paris, 18. Januar. Im Widerspruch mit dem Artikel des „Constitutionnel“, der vom Frieden spricht, sollen die Tuilerien wieder kriegerisch geöffnet sein, und „Patrie“ und „Presse“ veröffentlichen höchst kriegerische Artikel, worin die öffentliche Meinung, die erstere Blatt noch vor drei Tagen zu beruhigen suchte, vor allzu großem Vertrauen gewarnt wird. Was die Artikel der beiden genannten Blätter anbe- langt, so will ich die Hauptstellen daraus mittheilen: „Die Befriedi- gung, die Oesterreich gegeben hat, wird, man muß es hoffen, den Zwistigkeiten, die sich erhoben haben, ein Ende machen. Um die Wich- tigkeit dieser Lösung zu erkennen, müssen wir das Publikum vor zu großen friedlichen Hoffnungen warnen. Das Journal „des Debats“ sagt, man habe Grund, zu hoffen, daß der allgemeine Friede Europas erhalten bleiben werde. Aber man darf sich nicht täuschen; die öffent- liche Meinung war wegen der serbischen Angelegenheit nicht im Min- desten in Unruhe. Sie beschäftigte sich mit Fragen, die immer noch nicht

Wir bemerken hier ausdrücklich, daß der „New-York-Herald“, der dieses Gemälde ausstellt, nicht weniger als ein demagogisches Blatt ist, das die Sachlage übertreibt.

In Preussisch-Fonds bleibt die gute Stimmung bestehen. Die günstige durch die neuesten Landtagsvorlagen befestigte Finanzlage des Staats bedingt das Vertrauen der Kapitalswelt zu den Staatspapieren in demselben Verhältniß, als die ungünstige Konjunktur dasselbe andern Werthen entfremdet. Staatsschuldcheine wurden $\frac{1}{2}$ % besser bezahlt, Anleihen waren zu den letzten Coursen schwer zu erlangen, dagegen hat die rasche Preiserhöhung der $3\frac{1}{2}$ % Staatsschuldcheine Pfandbriefe Staatsräufer angezogen, die selbst $\frac{1}{2}$ % billiger mit

36 | 18–20 Sgr., Stroh 5–8 Lbr., Heu 22½–25 Sgr.